

Michael Bouteiller

Die Lübeckische Zeitgeschichte als Lernort. Ein Versuch.



Teil 1: Vom Klassenbewusstsein zum politischen Individualismus.

Der Verlust des Politischen

»Wir erleben keine Krise der Demokratie, sondern ihr Ende« sagt der Politikwissenschaftler Veith Selk 2024.¹ Er gibt mit dieser Behauptung einer von rechter und linker Seite um sich greifenden Auffassung Raum. Ob eine derartige kulturpessimistische These zutrifft, sollten wir genau prüfen, bevor wir ihr folgen. Lübeck ist seit alters her ein gut überschaubares Beispiel für den Kampf der EinwohnerInnen um den demokratischen Rechtsstaat.²

Denn darum geht es, nicht nur um das demokratische, d.h. das allgemeine, freie und gleiche System der Mehrheitswahl allein, sondern um den Schutz des einzelnen Menschen vor Angriffen auf seine Identität, verbrieft in den rechtsstaatlichen Regeln unserer Verfassung. Das Ende der Demokratie, das hier ausgerufen wird, ist bei Licht besehen, das Ende unserer Verfassung von 1949, das Ende der Geltung des Grundgesetzes. Um es vorweg zu nehmen: Diese Schlacht ist mitnichten verloren. Der Kampf lohnt sich auch heute. Trotzallem.

Auslöser ist die seit der griechischen Klassik (Platon 428 -348 v.C.) beschriebene Zweiteilung jeder gesellschaftlichen Einheit als die Geburtsstunde von Politik: *»Jede Stadt, wie klein sie auch sein mag, ist in der Tat in zwei geteilt, die eine ist die Stadt der Armen, die andere die der Reichen; diese liegen miteinander im Krieg.«*³

In der Moderne formulierte der US-amerikanische Verfassungsrichter Louis Brandeis (1856 - 1941) diese Erkenntnis folgendermaßen: *»We must make our choice. We may have democracy, or we may have wealth concentrated in the hands of a few, but we can't have both.«*



10% der Deutschen besitzen heute 65% des Vermögens und 90% besitzen 35%

Vermögensverteilung in Deutschland

Diese eherne Regel der Politik, dass es bei Abfassung von Verfassungen den Besitzenden um die Abwehr der Nichtbesitzenden von der Regierung geht, beherrscht die Verfassungsfrage seit Anbeginn. Die Sorge vor dem Zugriff der Nichtbesitzenden bestimmte etwa die Diskussion der Gründungsväter der US-amerikanischen Verfassung 1787: »Die Verfassung war das Ergebnis der organisierten Bewegung einer Klasse, die mittels rechtlicher und verfassungstechnischer Garantien einer demokratischen Gesetzgebung entgegen zu wirken versucht.«⁴

Die ungleichen Vermögens- und damit verbundene Furcht vor ungleichen Machtverhältnissen begründen in einer auf Gleichheit ausgerichteten Gesellschaft - wie derjenigen Deutschlands - Hass und Gewalt.⁵

Folgen wir dem Soziologen Norbert Elias, so explodiert der »Doppelbinderprozess« aus Unterdrückung, Hass und Gewalt in langen Zyklen. Ich weiß nicht, wie es Lesern geht, wenn sie die brecht'sche Formulierung hören: »Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an, und der Arme sagte bleich: „Wär ich nicht arm wärst du nicht reich“«⁶

Hat sich der Fall heute erledigt? Was meinen Sie?

Eine grundsätzliche gesellschaftliche Änderung dieser von Platon bis Brandeis beklagten schädlichen Vermögensspreizung ist seit Alters her die Kernfrage aller Politik. Sie beherrschte nicht nur die US-amerikanische Verfassungsdebatte, sondern auch die zur gleichen Zeit in Frankreich tobende Revolution des Bürgertums gegen Adel und Kirche. Sie wird dort in der Erklärung der Menschenrechte vom 26. August 1789 in Artikel 1



vorangestellt: »Die Menschen sind und bleiben von Geburt an frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.«

Ohne Änderung der gegebenen Verhältnisse - wenn geboten - betreibt eine Regierung keine Politik im engeren Sinne, sondern die bloße Verwaltung der gegebenen Zustände. Benötigt werden heute bei der extremen Spaltung der nationalen Gesellschaften offenbar andere als die hergebrachten Machtmittel und eine

Strategie, d.h. Idee und Organisation, die noch erfunden werden muss. Die alten Kampfmittel jedenfalls, kosteten übrigens allein im 20. Jahrhundert über 170 Mio. Menschenleben.⁷

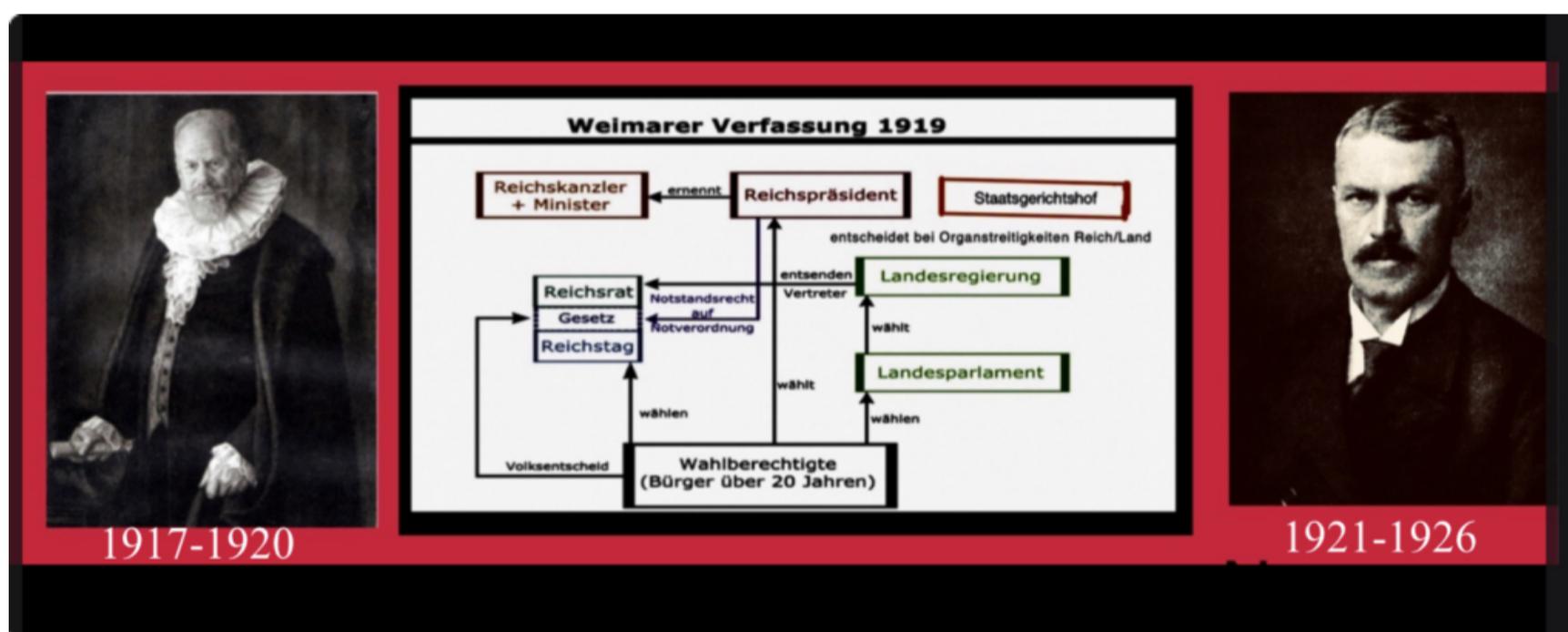
Sie waren das Produkt der Ideologien des 19. Jahrhunderts und änderten an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen bis heute - entgegen den Erwartungen eines Bismarck, Kaiser Wilhelm II, Hitler nichts.⁸ Das gilt sowohl für die militärische Auseinandersetzung mithilfe des Miliärisch-industriellen-Komplexes zum Schutz der bestehenden Ordnung, d.h., die dafür erforderliche Erziehung des Menschen zum Massenmord⁹ als auch für den Erhalt des Besitzstandes. Zu einer Reduzierung der Vermögensspreizung führten sie jedenfalls bis heute nicht.¹⁰

Im 19. Jahrhundert formulierten Karl Marx und Friedrich Engels für die »werktätige Bevölkerung« Idee und Organisation. Für das »Bürgertum« übernahm diese Rolle der Göttinger Theologe und Orientalist Paul de Lagarde (Bötticher). An dieser Frontstellung änderte sich bis heute im Wesentlichen nichts. Die Konfrontation führte vom Ersten 30-jährigen Krieg im 17. in den Zweiten 30-jährigen Krieg im 20. Jahrhundert (1914-1945).¹¹

Die Weimarer Zwischenkriegszeit ist ein Musterbeispiel. Das beginnt mit dem kurzen Frühling der Münchner Räterepublik (2.4.-7.5.1919) unter Beteiligung Erich Mühsams, die von der Reichsregierung unter Ebert (SPD) und von Freicorpsverbänden zusammengeschossen wurde. In Lübeck vermasselte die mit absoluter Mehrheit bei den ersten Landtagswahlen nach der Novemberrevolution (1918) hervorgegangene SPD bei der Abfassung der Landesverfassung sogar einen demokratischen Zugriff auf die Regierung

(Senat), worüber sich Julius Leber, der 1921 in Lübeck als Redakteur des Volksboten angestellt worden ist, beklagt.¹² Der nationalistische, 1917 vom Senat gewählte Regierende Bürgermeister Emil Ferdinand Fehling, sicherte mit der von ihm geleiteten Verfassungskommission in der Landesverfassung praktisch die bestehenden Verhältnisse, d.h. die Fortdauer des Patriziats.¹³ Er bereitete seinem Nachfolger ab 1921, dem Regierenden Bürgermeister Johann Neumann, den nationalistischen Weg. Dieser führte über Neumanns leitende Rolle im Alldeutschen Verband und im Medienkonzern Hugenberg¹⁴ in die Spitze der reichsdeutschen völkischen Politik: 1926 schlug Heinrich Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Neumann als Diktator anstelle der zu stürzenden Reichsregierung Marx vor.¹⁵

Es ist kein Zufall, dass das Lübecker Bürgertum in der Weimarer Epoche in besonderer Weise für das völkische Gedankengut des Alldeutschen Verbandes empfänglich war. Denn die patrizische Gliederung hatte den kleinen Stadtstaat von Alters her geprägt. Erich Wallroth beschreibt 1926 den Freistaat als Musterbeispiel eines Gemeinwesens der



Zukunft im Sinne Rudolf Steiners, als »Dreigliederung des sozialen Organismus«. Die wesentlichen Entscheidungen fallen nicht in Bürgerschaft und Senat, sondern in privaten Korporationen. Dem »Vaterstädtischen Verein« für die Auswahl von Senatoren und Bürgermeister oder im »Gemeinnützigen Verein« in Fragen der Kultur.¹⁶ Wallroth schreibt: »Entpolitisierung der Wirtschaft auf der einen und Entpolitisierung der Kultur auf der anderen waren für ihn (Steiner, MB) wichtige leitende Gedanken«.¹⁷

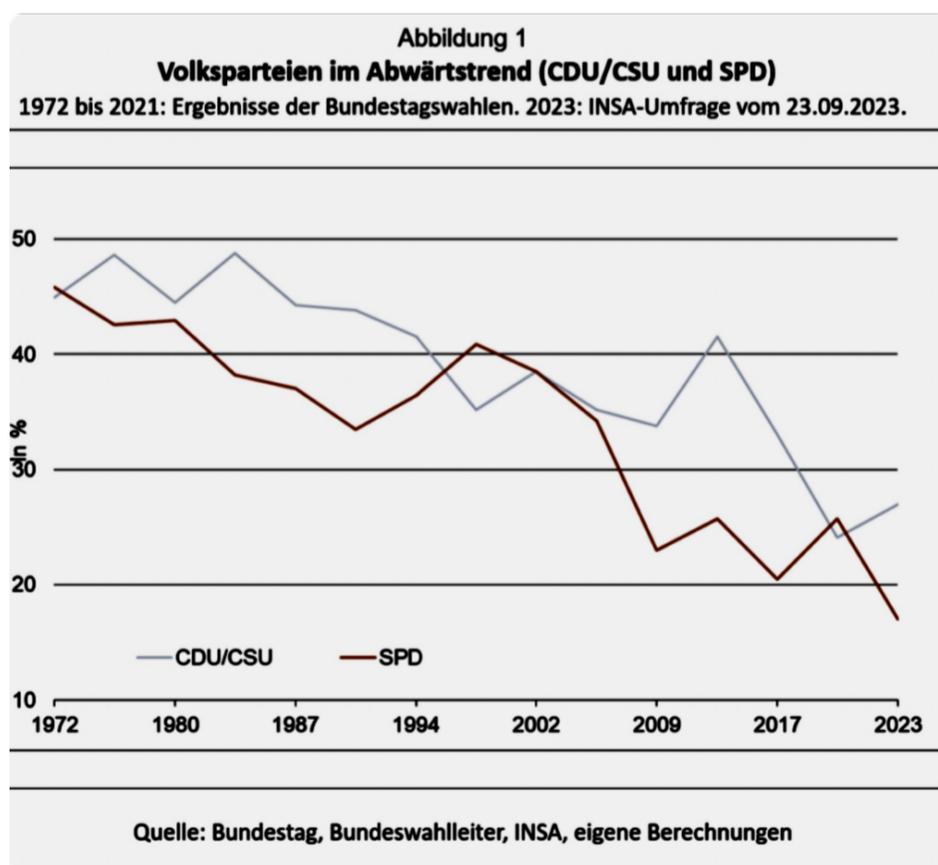
Die Frontstellung (Besitzende/ Werktätige) überdauerte das Kriegsende und bestand bis zur ersten „Großen Koalition“ der Nachkriegszeit unter Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt (1966). Mit dem »Godesberger Programm« 1959 hatte sich die SPD von Marx und Engels verabschiedet.¹⁸



Nach 1966 löste sich die gesellschaftliche Spaltung in »Bürger | Werktätige«, wie sie Julius Leber 1921 beschreibt¹⁹, und damit das gesellschaftliche Klassenbewusstsein langsam auf. Mit dem Klassenbewusstsein, das dem Werktätigen Zusammenhalt gab, wie das Willy Brandt für die 1920er Jahre anschaulich beschreibt,²⁰ und dem Bürger im Gegenüber kollektives

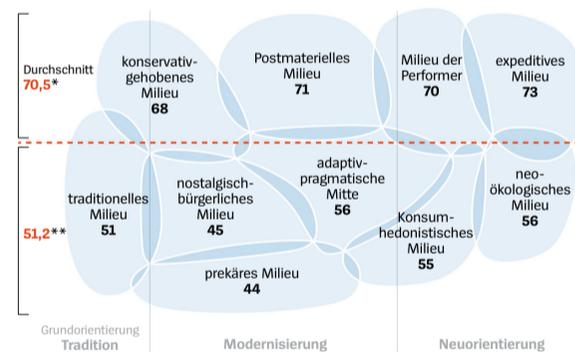
Selbstbewusstsein, erledigte sich auch das Kampfmittel des politischen Generalstreiks²¹. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt heute bei ca. 17,4%.²²

Die Soziologen untersuchten diese Entwicklung empirisch und nannten das Ergebnis ihrer Untersuchungen „Diversifizierung in Milieus“.²³ Der Klassenbegriff hatte ausgedient.²⁴ Mit der Verankerung von gesellschaftlichen Gruppen in „Milieus“ verschwand quasi als self-fulfilling prophecy die gesamtgesellschaftliche Kohärenz. Die Zergliederung in Milieus zerstörte in der Folgezeit mit dem Klassenbewusstsein auch die sogenannten Volksparteien.



Schlechte Stimmung

Wähler der Unions- und Ampelparteien in den Sinus-Milieus 2024, in Prozent



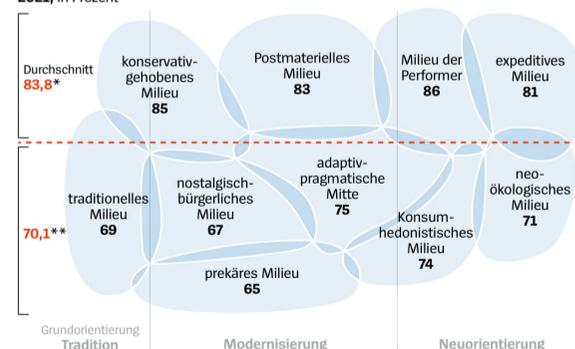
* Milieus der Oberschicht und mittleren Oberschicht

** Milieus der mittleren und unteren Mittelschicht/Unterschicht

5-Quellen: Sinus-Milieus und YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Bessere Stimmung

Wähler der Unions- und Ampelparteien in den Sinus-Milieus bei der Bundestagswahl 2021, in Prozent



* Milieus der Oberschicht und mittleren Oberschicht

** Milieus der mittleren und unteren Mittelschicht/Unterschicht

5-Quellen: Sinus-Milieus und YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Im

Zentrum der wissenschaftlichen Betrachtung von Gemeinschaften stand danach (ab 1980) mit dem steigenden Wohlstand in Westeuropa

und den USA²⁵ die Tendenz zur gesellschaftlichen »Individualisierung« auf dem politischen Programm. Damit öffnete sich Tür und Tor für die Ideologie des »Neoliberalismus«. Dessen Bedeutung kann bei Poul F. Kjaer, dem Professor an der Copenhagen Business School und Herausgeber von „The Law of Political Economy: Transformation in the Function of Law“ (2020), nachgelesen werden.

Poul Kjaer erinnert an Margret Thatchers spitze These „Es gibt keine Gesellschaft“ (1987) und stellt zurecht fest: »Diese These steht im Zentrum des neoliberalen Epistémè und die Probleme, mit denen der westliche Teil der Weltgesellschaft konfrontiert ist, lassen sich weitgehend auf diese ontologische Ausgangslage zurückführen. Die vorherrschende Weltanschauung der letzten vier Jahrzehnte (1980-2020, MB) wurde von einer methodisch individualistischen Prämisse abgeleitet, die zu der Annahme führte, dass die Summe der Handlungen von Individuen der Gesellschaft entspricht. Dieser unreflektierte Sprung vom Mikro zum Makro taucht in juristischen Diskursen auf, die alles von der Wahlkampffinanzierung in den USA bis zum EU-Wettbewerbsrecht und der EU-Wettbewerbspolitik betreffen.«²⁶

Was trägt nun diese eben genannte Klärung zum Thema »Neoliberalismus« auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zum Verständnis einer städtischen Gesellschaft, etwa derjenigen Lübecks, bei? Zunächst zum Zusammenhang von Neoliberalismus und Postdemokratie: Colin Crouch (2003)²⁷ analysiert am Beginn des 21. Jahrhundert die Entwicklung demokratischer Prozesse und diejenigen der dazugehörigen politischen Institutionen. Wie werden die Entscheidungen der politischen Parteien und in deren Folge die Regierungen gesteuert?

Er sieht die Wahlvorgänge in Parteien für das Führungspersonal und die Beschlüsse in Sachfragen zunehmend vom Führungspersonal selbst beherrscht. Das Gemeinwesen befindet sich infolgedessen auf dem Weg in die Steuerung durch Eliten. Parteimitglieder und am Ende die Wähler und Wählerinnen verlieren an Einfluss. Unterstützt wird der Entscheidungsprozess des Führungspersonals durch externe hauptberufliche Berater, die marktgängige Produkte gegen Bezahlung abliefern (Prognosen erstellen, »Wirtschaftsweise« usw.).

Das Beratungsgewerbe hat Hochkonjunktur. Diese Verlagerung der Beratung auf externe gewerblich tätige »Experten« ist Teil des neoliberalen Modells: Die Bedeutungsverlagerung auf private, marktgängige Produkte. Diese Marktrationalität oder -effizienz hat sich seit Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre - wie beschrieben - unter dem Begriff



Beratungsinstitutionen und PolitikberaterInnen
in Washington

„Neoliberal“ (Milton Friedman, Lambsdorff-Papier 1982²⁸) durchgesetzt (vgl. zur Diskussion auch Poul Kjaer, Was kommt nach dem Neoliberalismus? Vier Vorschläge für ein neues Gesetz der politischen Ökonomie jenseits von Strukturliberalismus und Strukturmarxismus, 31.8.2020, Verfassungsblog).

Voraussetzung waren der Niedergang des Keynesianismus (staatliche Steuerung der Nachfrage bei Gütern und Dienstleistungen) Anfang der 1970er Jahre, der Ölpreisschock 1973, die Wahlen von Margret Thatcher (1979) und Ronald Reagan (1981) sowie der Aufstieg der Chicago School of Economics unter Milton

Friedman (1912-2006).²⁹ Diese Ereignisse markieren auch den Beginn des Prozesses der Postdemokratisierung. Ein Weg, der von der aktiven Beteiligung an den leitenden Entscheidungen in den bloßen Konsum oder Genuss des Endproduktes führt. Vom Citizen zum Bourgeois. Michael Brumlik fasste 2017 diese Entwicklung so zusammen: „Vom Proletariat zum Pöbel: Das neue reaktionäre Subjekt“.³⁰

Die Auswirkungen des postdemokratischen Denkens auf das politische System lassen sich am Beispiel der Politik des Kabinetts Gerhard Schröder - Josef Fischer (1998-2005) darstellen. Dessen „Agenda 2010“ der „Neuen Mitte“ führte bei der SPD nicht nur zum Verlust von ca. 400.000 Parteimitgliedern. Es deregulierte ferner den Arbeits- und Finanzmarkt (Niedriglohnsektor, Absenkung der Rente auf 45%, Flexibilisierung des Bankensektors, Absenkung der Einkommenssteuer von 51% auf 42%, Abschaffung der Erhebung der Vermögenssteuer). Zusammengenommen summierten sich die staatlichen Mindereinnahmen auf 41 Mrd.€/Jahr.³¹ Die Parteiliten führten die SPD und die Grünen³² ferner zur Beteiligung an Kriegen ohne UN-Mandat (Kosovo, Irak, Syrien, Afghanistan). Diese Kriegsbeteiligungen waren völkerrechtswidrig.

Die praktische Spitze der strategischen Ausrichtung in der Politik unseres Landes auf privaten Individualismus hin findet sich auch bei dem Lübecker Robert Habeck. Der Parteivorsitzende der „Grünen“, formulierte es so: »In der Politik ist Sprache das eigentliche Handeln. Ganz buchstäblich. Indem Eide geschworen oder Verfassungen und Gesetze beschlossen werden, tritt eine neue Wirklichkeit in Kraft.«³³ Mit dieser Theorie der Sprache

kommt Habeck über den Idealismus des 18. Jahrhunderts eines Friedrich Hegel nicht hinaus. Friedrich Hegel stellte die Lebenswelt des normalen Menschen auf den Kopf. Anlässlich der Französischen Revolution 1789 schreibt er :

„Solange die Sonne am Firmament steht und die Planeten um sie herum kreisen, war das nicht gesehen worden, dass der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem baut. Anaxagoras hatte zuerst gesagt, daß der „nous“ die Welt regiert; nun aber ist der Mensch dazu übergegangen, zu erkennen, daß der Gedanke die geistige Wirklichkeit regieren soll. Es war dies somit ein herrlicher Sonnenaufgang. Eine erhabene Rührung hat in jener Zeit geherrscht, ein Enthusiasmus des Geistes hat die Welt durchschauert, als sei es zur wirklichen Versöhnung des Göttlichen mit der Welt erst gekommen.“ Und auch noch als preußischer Staatsphilosoph feierte Hegel alljährlich das Ereignis der Revolution.“³⁴

Erst Karl Marx und Friedrich Engels aber stellten diese irrealen Geisteswelt Hegels wieder auf die Füße. Robert Habeck hat mit seiner Philosophie vergessen, dass das textierte Wort in der Politik die Tat braucht, d.h. tatkräftige Menschen, die die Worte und geschriebenen Texte in die Wirklichkeit transformieren.³⁵ Andernfalls bleibt es bei »Kopfgeburten«, zu denen Günter Grass das Erforderliche gesagt hat (1980).³⁶ In der rechtsstaatlichen Demokratie sind zunächst die ermächtigenden Wähler und Wählerinnen gefragt, dann eine tatkräftige Regierung. Ferdinand Lassalle hat 1862 unsere Frage kurz und bündig beantwortet. Auf die Frage, was denn eine Verfassung sei, war seine Antwort: die realen Machtverhältnisse.³⁷

Weil die normale Lebenswelt der Menschen aber von ihren Interessen und Bedürfnissen bestimmt ist und nicht von Kopfgeburten à la Habeck, kommt es zu der in der Nachkriegsgeschichte wohl einmaligen krachenden Niederlage des Entwurfes des »Gebäudeenergiegesetzes« 2024. Dieses sogenannte Heizungsgesetz betrifft nämlich die Lebenswelt der gesamten Republik mit ihren 43,3 Millionen Wohnungen und rd. 85 Millionen Bewohnern und Bewohnerinnen, ein Umstand, der offenbar einfach vergessen wurde. Mit der Wärmefrage und dem Zugriff auf das eigene Zuhause regelt der Gesetzesentwurf bei der gegebenen Vermögensspreizung das oftmals einzige Hab und Gut der Nichtbesitzenden 65%, also von rund 54.000.000 Menschen.

Die dadurch ausgelösten Besitzängste waren für jedermann mit unverstelltem Blick voraussehbar. Offenbar galt diese filterlose Wahrnehmung der Lebenswelt indes nicht für

Sonntagsfrage Bundestagswahl

[Startseite]

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Institut	Allensbach	Verian (Emnid)	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	Yougov	Bundestagswahl
Veröffentl.	21.12.2023	20.01.2024	16.01.2024	12.01.2024	03.01.2024	04.01.2024	20.01.2024	11.01.2024	26.09.2021
CDU/CSU	34 %	31 %	31 %	31 %	33 %	31 %	30 %	29 %	24,1 %
SPD	17 %	14 %	13 %	13 %	14 %	14 %	13 %	15 %	25,7 %
GRÜNE	15 %	16 %	14 %	14 %	13 %	13 %	13 %	12 %	14,8 %
FDP	5 %	4 %	4 %	4 %	6 %	5 %	5 %	6 %	11,5 %
DIE LINKE	3,5 %	4 %	4 %	4 %	3 %	4 %	3 %	5 %	4,9 %
AfD	18 %	22 %	22 %	22 %	23 %	22 %	22 %	24 %	10,3 %
FW	3 %	3 %	3 %	4 %	3 %	3 %	3 %	2 %	2,4 %
Sonstige	4,5 %	6 %	9 %	BSW 4 % Son. 4 %	5 %	8 %	BSW 7 % Son. 4 %	7 %	6,3 %
Erhebung	F • 1.013 01.12.–14.12.	T • 1.359 09.01.–11.01.	T • 2.504 09.01.–15.01.	TSM • 1.337 09.01.–11.01.	TOM • 1.004 27.12.–02.01.	TOM • 1.321 02.01.–03.01.	TOM • 1.203 15.01.–19.01.	O • 1.614 03.01.–08.01.	

den für die Regelung verantwortlichen Vizekanzler Robert Habeck und dessen Ministerium.

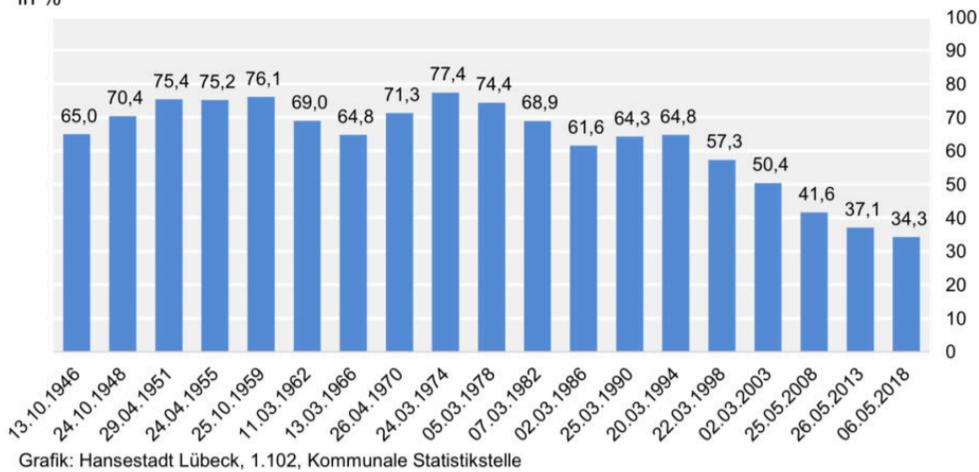
Das Ergebnis ist insgesamt desaströs und führt zu bisher nicht zu übersehenden Folgen für das Ansehen der deutschen Politik. Die mit einem falschen

Wahrnehmungsfiler verbundene groteske Sprachphilosophie unseres Vizekanzlers läßt die Zustimmungswerte der an der Regierung beteiligten Parteien infolgedessen auf rd. 30% fallen.

In der Lübecker Gesellschaft sehen wir die Auswirkungen dieser Ideologie des herrschenden postdemokratischen Denkens am besten in der Kulturpolitik. Im Vordergrund stehen dabei Versuche, die städtische Kulturpolitik zu privatisieren.³⁸ Anhaltspunkte sind neben dem Entwurf der Lübecker Kulturleitlinien³⁹ die Projekte des früheren Direktors der Overbeck-Gesellschaft, einer der Tochtergesellschaften der Gemeinnützigen, Oliver Zybok (2015-2023), der den aktiven Einbezug der Stadtgesellschaft in staatlichen und kommunalen Bildungseinrichtungen entsprechend dem »Beutelsbacher Konsens« (1976) missachtete, nämlich die dreifache Verpflichtung, wie sie die Bundeszentrale für politische Bildung ausgearbeitet hat: 1. Das Indoktrinationsverbot, 2. Das Gebot der Kontroversität und 3. Das Gebot der Schülerorientierung.

Die Einhaltung dieser drei Grundsätze wäre auf kulturellem Gebiet eine gewisse Barriere gegen den Versuch, die städtische Kulturpolitik zu privatisieren, und sie damit in die Hände der städtischen Elite zu legen. Darauf liefe nämlich im Ergebnis die Übertragung der im Entwurf der Lübecker Leitlinien vorgesehenen Kultursteuerung von dem städtischen Kulturdezernat auf die Possehl-Stiftung und den Direktor der Overbeck-Gesellschaft, Oliver Zybok, hinaus. Mit der Abkoppelung kultureller Entscheidungen von dem Kulturdezernat wäre - ganz im Sinne Erich Wallroths -, die Entscheidung in die Hände einer privaten Korporation gelegt, gewissermaßen privatisiert. Das wurde 1926 z.B. mit der Übertragung der Vorbereitung der umstrittenen 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit auf die »Gemeinnützige« durch den Regierenden Bürgermeister Neumann erfolgreich versucht.⁴⁰

Wahlbeteiligung der Kommunalwahlen seit 1946 in %



Die Abkoppelung der Besitzenden von den Nichtbesitzenden mag heute in den Zeiten der Herrschaft digitaler Medien - anders als in den 1920er Jahren im analogen Zeitalter - nicht mehr unmittelbar bemerkt werden. Es fällt jedoch auf, dass offenbar ein Zusammenhang von Besitz / Nichtbesitz und Wahlbeteiligung besteht. Während zu vermuten ist, dass die

Nichtbesitzenden 65% eher kein Interesse mehr an Kommunalwahlen haben, ihre Interessen und Bedürfnisse stehen dort im Hintergrund⁴¹, liegt der Fall bei den 35% Besitzenden wahrscheinlich anders. Sie verteidigen vehement den Bestand ihrer auch kommunalen Interessen.⁴²

1 <https://krautreporter.de/5201-wir-erleben-keine-krise-der-demokratie-sondern-ihr-ende?shared=d7bdd8e3-422a-48fd-9ec5-33a598468d44>

2 Dazu Grassmann, Antjekathrin, hrsg., Lübeckische Geschichte, Lübeck 1988

3 Platon, The Republic, 4. Buch, <http://www.literaturepage.com/read.php?titleid=therepublic&abspage=141&bookmark=1>; vgl. auch: Ian DeWeese-Boyd & Margaret DeWeese-Boyd (2007) The Healthy City Versus the Luxurious City in Plato's Republic: Lessons About Consumption and Sustainability for a Globalizing Economy, Contemporary Justice Review, 10:1, 115-130, DOI: 10.1080/10282580601157935 Please cite published version, <https://philpapers.org/archive/DEWTHC.pdf>

4 Beard, Charles A., Eine ökonomische Interpretation der amerikanischen Verfassung, Frankfurt a. Main 1974 (1. Auflage 1913)

5 Keynes, John Maynard, Krieg und Frieden, Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles, Berlin 2024 (Erstausgabe 1919), S. 69

6 Bert Brecht 1934; Nietzsche, der den Sozialismus bekämpfte, schlägt zur Lösung des Problems folgendes vor: „Man könnte vielleicht an eine massenhafte Einführung barbarischer Völkerschaften aus Asien und Afrika denken, so dass die zivilisierte Welt fortwährend die unzivilisierte Welt sich dienstbar macht.“ Nachweise bei Franz Mehring: Nietzsche gegen den Sozialismus, 20. Januar 1897, Die Neue Zeit, 15. Jg. 1896/97, Erster Band, S. 545-549. Nach Gesammelte Schriften, Band 13, S. 164, <https://sites.google.com/site/sozialistischecklassiker2punkt0/mehring/mehring-philosophie/franz-mehring-nietzsche-gegen-den-sozialismus>;

Norbert Elias, Zivilisation und Gewalt: über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechungen. In J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. Frankfurt am Main 1981, S. 98-122 in: J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, S. 98-122, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135461>; https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/16608/ssoar-1981-elias-zivilisation_und_gewalt.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-1981-elias-zivilisation_und_gewalt.pdf

7 Hobsbawm Eric, Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995, S. 11

8 Das gilt besonders für die Vermögensverhältnisse, Miriam Rehm, Matthias Schnetzer, Vermögenskonzentration und Macht. Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie, Kurswechsel 2/2015: 69-79, <https://bit.ly/3Fx2vBF>; Walter Scheidel, Nach dem Krieg sind alle gleich, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-27945>; Der Freitag, 7.4.2022, S. 42, <https://www.evernote.com/shard/s340/nl/61667751/3177b65e-33f6-50ea-66ab-67e3589c9fb0/>; Elias, Norbert, Zivilisation und Gewalt: über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechungen. In J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. Frankfurt am Main 1981, S. 98-122 in: J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, S. 98-122, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135461>; https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/16608/ssoar-1981-elias-zivilisation_und_gewalt.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-1981-elias-zivilisation_und_gewalt.pdf

9 MB, Ausbildung des Menschen zum Massenmord- Gegenwehr, <https://michaelbouteiller.de/?p=5653>

10 Scheidel, Walter, Nach dem Krieg sind alle gleich. Theiss Verlag, Darmstadt 2018, mit der unzutreffenden Hauptthese: nach dem Krieg sind alle gleich, was nicht zutrifft, wie das Beispiel der Währungsreform zeigt.

11 Hans-Ulrich Wehler, Notizen zur deutschen Geschichte, München 2007, S. 40

12 „Die bürgerliche Senatsmehrheit regierte und die sozialdemokratische Bürgerschaftsmehrheit bewilligte die Steuern.“ LBV vom 7.11.1923

13 MB., Lübeck in der Weimarer Epoche - rot oder schwarz? <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2023/01/Luebeck-schwarz-oder-rot-220128-2.pdf>

14 <https://michaelbouteiller.de/alfred-hugenberg-der-eigentliche-unsichtbare-herrscher-der-freien-und-hansestadt-luebeck/>

15 <https://michaelbouteiller.de/buergermeister-dr-johann-neumann-ein-frueher-luebecker-faschist/>

16 Wallroth, Erich, Lübecks Eigenart als Gemeinwesen, Eine Rückschau, Lübeckische Blätter, 68. Jahrgang 1926, Lübeck 1927, S. 362; <https://michaelbouteiller.de/erich-wallroth-luebecks-eigenart-als-gemeinwesen/>

17 a.a.O. S.363

18 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Godesberger_Programm#:~:text=Das%20Godesberger%20Programm%20war%20von,November%201959.

19 Julius Leber., Lübecker Volksbote, 2.9.1921, S. 1

20 Willy Brandt., Links und frei, Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S 21

21 taz vom Freitag, 2.2. (Seite 12), Streik gegen rechts von Martin Kempe Streiks sind in Deutschland entpolitisiert. Es ist Zeit, dass die Gewerkschaften Arbeitskämpfe als Mittel des zivilen Ungehorsams ins Spiel bringen, <https://www.taz.de/!5985992>

22 <https://www.iwkoeln.de/studien/carolin-denise-fulda-weniger-repraesentativitaet-durch-strukturdefizite.html#:~:text=Im%20Jahr%202021%20lag%20der,2018%2C%20jeder%20sechste%20Arbeitnehmer%20Gewerkschaftsmitglied.,> abgefragt 13.2.2024

23 Lepsius, Mario Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Abel, Wilhelm (Hg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371; Freche, Julian, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919-1933), Kiel/Hamburg 2019; dazu kritisch: Buss, Hansjörg, Rezension zu Julian Freche, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919-1933) (Kieler Schriften zur Regionalgeschichte 4), Kiel/Hamburg: Wachholtz 2019, 415 S., ISBN 978-3-529-03604-0, Zeitschrift für Lübeckische Geschichte, Band 100 (2020/21), S.744

24 Mau, Steffen/Lux Thomas /Westheuser Linus, Triggerpunkte, Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023, S. 76; dort zur »demobilisierten Klassengesellschaft«, S.111, 112; Brumlik, Micha, Vom Proletariat zum Pöbel: Das neue reaktionäre Subjekt, Blätter für nationale und internationale Politik, 1/2017, S.52

25 Robert Reich, Superkapitalismus, Frankfurt a.M. 2008

26 Poul A.Kjaer, Was kommt nach dem Neoliberalismus? Vier Vorschläge für ein neues Gesetz der politischen Ökonomie jenseits von Strukturliberalismus und Strukturmarxismus, Verfassungsblog, 31.8.2020,

27 Colin Crouch, Postdemokratie, e-book, Berlin 2012

28 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2024/01/Neoliberalismus.pdf>

29 Kjaer PF. The Law of Political Economy: An Introduction. In: Kjaer PF, ed. The Law of Political Economy: Transformation in the Function of Law. Cambridge: Cambridge University Press; 2020:1-30. doi:10.1017/9781108675635.001; <https://verfassungsblog.de/what-comes-after-neoliberalism-2/>

30 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2025/03/Micha-Brumlik-Proletariat-1.pdf>

31 „Schon vor der Krise hat die Politik die Staatsfinanzen erheblich geschwächt. Einen starken Anteil daran hat auch die damalige rot-grüne Bundesregierung. Die Steuerreform 2000 schlug mit Senkungen der Einkommensteuer und einer großen Unternehmenssteuerreform kräftig zu Buche. Zu einem großen Teil kam das wohlhabenden Haushalten zugute. Beispielsweise wurde der Spitzensteuersatz schrittweise von 53 auf 42 Prozent gesenkt oder die Besteuerung von Kapitalerträgen aus der Einkommensteuer herausgelöst. Mit der Abgeltungssteuer greift jetzt nur noch ein günstiger Satz von 25 Prozent, während Lohneinkünfte voll besteuert werden. Insgesamt lagen die Einnahmeausfälle während der Kanzlerschaft Gerhard Schröders von 2001 bis 2005 zwischen 24 und 43 Milliarden Euro pro Jahr. Auch in diesem Jahr rissen sie noch ein Loch von schätzungsweise 50 Milliarden Euro in die Staatskasse.“ Achim Truger, Verlorene Milliarden, Magazin Mitbestimmung, <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-verlorene-milliarden-5238.htm>.

32 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/01/Offener-Brief-Reiner-Braun-Werner-Ruf-an-Winfried-Nachtwei-2-3.pdf>

33 Habeck, Robert, Wer wir sein könnten. Warum unsere Demokratie eine offene und vielfältige Sprache braucht, e-book, Köln 2018, S.17; dazu Klau-Dieter Mai, Es ist Zeit, sich der Realität zu stellen: Warum sich das Denken in Ideologie flüchtet und wohin der Widerstand des Wünschens gegen die Wirklichkeit führt, NZZ 28.3.2021: »Nicht die Sprache ist die letzte Instanz für das Wirkliche, sondern das Wirkliche für die Sprache. Wer versucht, die Welt auf den Kopf zu stellen, würde in einem luziden Moment nur feststellen, dass er selbst auf dem Kopf steht.«

34 Karl Löwith, Von Hegel zu Nietzsche, Hamburg 1995, S.245

35 MB, Das geistige Verbrechen aus Deutschland, <https://michaelbouteiller.de/das-geistige-verbrechen-der-deutschen/>

36 Günter Grass, Kopfgeburten oder Die Deutschen sterben aus, Göttingen (Erstausgabe 1980) ebook 2015

37 Ferdinand Lassalle, Über Verfassungswesen, 1862, <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/lassalle/1862/xx/verfassungswesen.htm>

38 https://michaelbouteiller.de/?page_id=2276

39 <https://michaelbouteiller.de/?p=2214>

40 MB, Lübecker Lügengeschichten, S.79, https://michaelbouteiller.de/?page_id=3258

41 https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-ampel-verliert-besonders-bei-sozial-schwaecheren-a-b0f4176a-fab3-4f6d-8ced-3853856f795a?sara_ref=re-so-app-sh

42 vgl. zur Wahlabstinentz: »Es gibt einen politischen Einflussbias zugunsten der Bessergestellten und zugleich eine überproportionale Wahlabstinentz bildungsferner und einkommensschwacher Schichten«, Mau, S.112, und dort FN 96: »Erfolgte die Wahl früher stark nach Klassenzugehörigkeit - mit der Daumenregel: je weniger wohlhabend, desto eher wird links gewählt -, hat sich dieser Zusammenhang nun abgeschwächt, hoch gebildete Gruppen spielen für linke Wahlerfolge eine weitaus größere Rolle; siehe Gethin/Martinez-Toledano/Piketty, Political Cleavages and Social Inequalities, a. a. O. Die inhaltliche Neuausrichtung hat innerhalb linker Parteien zu durchaus kontroversen Diskussionen geführt, weil einerseits darauf verwiesen wurde, dass ohne diese Öffnungen eine inhaltliche wie elektorale Marginalisierung drohe, andererseits aber eine Entfremdung von der Kernklientel befürchtet wird.«; Michael Hartmann: Eliten - Geschlossene Gesellschaft | Wiener Stadtgespräch, <https://youtu.be/eepx-B6Cdjw>

Teil 2: Von der Wiedergeburt des Politischen

Im ersten Teil dieses Skripts habe ich beschrieben, wie sich die Spaltung in Bürger und Werktätige (abhängig Beschäftigte), d.h. das alte Klassenbewusstsein des 19. Jahrhunderts zunächst in Milieus verflüssigte (1960 ff.) und zuletzt individualisierte (1980 ff.). Das Ende dieses Prozesses beschreibt Margaret Thatcher 1987 zutreffend mit: »Es gibt keine Gesellschaft«. Erich Wallroths helllichtige Schrift von 1926 war mit seiner modellhaften Beschreibung des Lübeck der 20er Jahre dabei hilfreich.

Mit der dort erkannten Privatisierung von staatlichen Entscheidungen im »alten« Lübeck verbunden war der Sieg der Geldgeber und Geldgeberinnen über die Politik. Denn in den die Politik bestimmenden Vereinen und Gesellschaften herrscht das private Kapital. Am Beispiel der USA, die ihre Verfassung von 1787 konsequent auf den Schutz des Besitzindividualismus¹ ausgerichtet haben² lernen wir, wie schwer es ist, die herrschende Politische Theorie und die daraus erwachsene Organisation zu dekonstruieren.

Der Schock, den die Correctiv-Gruppe mit der detaillierten Nachricht von dem Potsdamer Treffen des völkischen Netzwerkes am 23.11. 2023 im Landhaus Adlon auslöste, hat vielleicht die Kraft, die genannte Dekonstruktion zu bewirken und die geistige Starre unserer politischen Elite zu verflüssigen. Die Lage erinnert an den Schock des Bürgertums von 1912. Die damals sozialistischen Sozialdemokraten werden in der Reichtagswahl mit 34,8% stärkste Fraktion (110 Abgeordnete). Sie gewinnen 5,9% hinzu.³ Dieses Ereignis löste beim Bürgertum reichsweit hektische und nachhaltige Gegenreaktionen aus.

Das völkische Netzwerk des Alldeutschen Verbandes (AV) als straffe Organisation und seine Dominanz

1. Deutsche Vaterlandspartei
2. Hauptvermittlungsstelle der vaterländischen Vereine und Verbände
3. Deutschbund
4. Deutscher Kolonialverein
5. Verein für das Deutschtum im Ausland
6. Verein für das nördliche Schleswig
7. Deutscher Ostmarkenverein
8. Unabhängiger Ausschuss für einen Deutschen Frieden
9. Deutscher Wehrverein
10. Deutscher Flottenverein
11. Hamburgischer Verband gegen die Sozialdemokratie
12. Reichsverband gegen die Sozialdemokratie
13. Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen

Ev.-Lutherische Landeskirche

Gemeinnütziger Verein



1868-1953

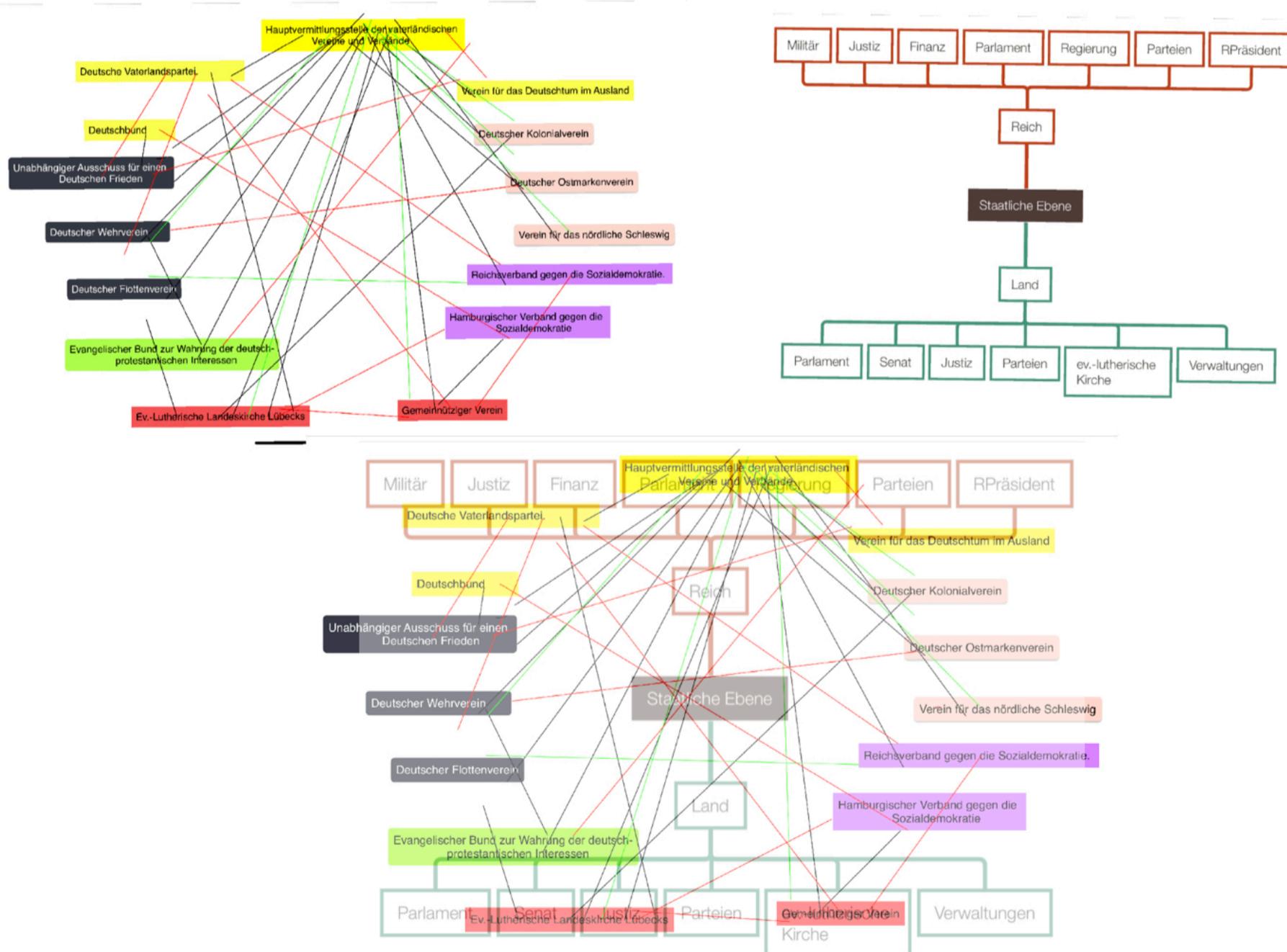
So gründete Hugenberg, der Chef des Krupp'schen Direktoriums, 1912 seinen in den Faschismus führenden Medienkonzern mit dem Ankauf des Berliner Scherl-Verlages, Emil Possehl verfasste 1912 im Auftrag des Alldeutschen Verbandes (AV) eine Denkschrift an das Reichsamt des Inneren, in der ein wirtschaftlicher Generalstab zur Sicherstellung der Versorgung des Deutschen Reiches im vom AV erwünschten und erwarteten „großen Krieg“ vorgeschlagen wurde.⁴ Possehl und der Lübecker Senator Neumann waren auch Gründungsmitglieder des 1912 in Berlin auf Anstoß des AV gegründeten Deutschen Wehrvereins. Aus Anlass der Niederlage des Deutschen Reiches in der Zweiten Marokkokrise 1911 setzte sich der Wehrverein für die unverzügliche Aufrüstung der kaiserlichen Armee ein, ganz im Sinne der geschäftlichen Interessen Possehls im Erz- und Stahlhandel.

Die Kriegsziele des Wehrvereins und des AV unterstützte Possehl nicht nur aus Profitinteresse. Nach der Niederlage des Deutschen Reiches 1918, der Anklage und einjährigen Untersuchungshaft wegen Landesverrats in Hamburg 1916 und dem nur aus vorgeschobenen gesundheitlichen Gründen erfolgtem Freispruch vor dem Reichsgericht in Leipzig sprach er erbittert vom »Judenfrieden« von Weimar.⁵ An Curtius schreibt er 1912, voll Unzufriedenheit mit dem strategischen Kleinmut der Reichsregierung und der bürokratischen Verzettelung in seinem Heimatstaat:

„Im übrigen bin ich so unzufrieden wie Du. Es scheint als wenn wir in Deutschland durch ein großes Blutbad gehen müssen, um wieder gesunde Verhältnisse und

gesunde menschliche Anschauungen zu bekommen, wie sie die Folge der Erziehung des preußischen Volkes von 1807 - 1815 waren.“ - „Politisch sehe ich die Lage düster an. In England allgemeine Meinung (täglich an den großen englischen Börsen), Germaniam esse delendam“(Deutschland muss zerstört werden, MB)’. Es wird terrible. Sei es nun jetzt oder in einigen Jahren, wir sind nicht in dem Verhältnis gerüstet wie anno 70 und wirtschaftlich nicht organisiert und deshalb nicht stark und das trifft das Leben unseres Volkes.“⁷

Der AV verstärkte unter seinem rassistischen, völkischen Vorsitzenden Heinrich Claß⁸ die völkische Sammlungsbewegung der bürgerlichen Elite mit bald ca. 150.000 Mitgliedern. »Deutschland wach auf!«⁹. Das völkische Netzwerk der Vereine und Wallroth'schen Korporationen legte sich mit ihren führenden Personen damals nach und nach über die staatlichen Strukturen.



Man kann nur hoffen, daß der Schock, den die »Potsdamer Konferenz « auslöste, es erstens nachhaltig vermag, über die 35% der Besitzenden hinaus Teile der Nichtbesitzenden an die Wahlurnen zurückholen. Erfolgreich wird ein breiter »Aufstand der Anständigen«, zu dem sich heute auch führende Industrielle gesellen, aber zweitens nur sein, wenn es gelingt, die politische Elite der Bundesrepublik aus dem Verwaltungsmodus zurück in den politischen Modus zu versetzen und die Übernahme von völkischem Führungspersonal zu verhindern.

Ein vernichtendes Gegenbeispiel für die verdrehten Wahrnehmungsfilter in den Köpfen der Bundeskabinette (ab 1991) war die Anstellung im Innenministerium durch Otto Schily (SPD) und spätere Besetzung des Amtes des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen (2012-2018). Maaßens Karriere ist ein Musterbeispiel für die blinden Kopfgeburten seiner Vorgesetzten in Regierungsämtern.¹⁰

Auf Seiten der Steuerbürger und -bürgerinnen ist es die skandalöse Vermögensspreizung und deren steuerliche Begünstigung durch politische und wirtschaftliche Eliten mit ihrer weitaus überwiegenden Herkunft aus den oberen 4% der obersten Einkommensbezieher, wie sie [Michael Hartmann beschreibt](#).¹¹ Diese Elite ist mitverantwortlich für den Aufstieg der AfD, denn die unterlassene Gegenwehr begründet in der »Mitte der Gesellschaft« den Hass auf »die da oben« und die begründete Furcht vor Verarmung. Hinzu kommt der entscheidende Einfluss der politischen und wirtschaftlichen Eliten auf die Besteuerung der großen Vermögen. Der in früheren Zeiten mit dieser Privilegierung der Vermögenden verbundene »Kampf der Klassen ... wird heute von einer Konkurrenz der Statusgruppen und einem Wettbewerb der Individuen überlagert.«¹² Die Soziologen nennen diese Form der öffentlichen Bewusstseinstrübung »Meritokratie« .¹³

Entscheidend für die relative »soziale Ruhe«, die wir in Deutschland im großen und ganzen feststellen, ist das Anwachsen der Mittelschicht von 25% im Kaiserreich (1871-1919) auf heute 46,5% und die damit verbundene Steigerung des Wohlstandes. Nur, die sogenannte »Mitte«, die in den »Mitte-Studien« der Friedrich-Ebert-Stiftung¹⁴ (seit 2006) untersucht wird, ist ein soziologisches Konstrukt (die Mitte) und keine handlungsfähige Gemeinschaft.¹⁵

Entscheidend für die Entstehungsgründe des Faschismus sind indes - ähnlich wie in der Weimarer Zwischenkriegszeit - die Einstellungen der wirtschaftlichen und politischen

Eliten, wie das heute wieder Michael Hartmann am Beispiel der Entscheidungen im deutschen Steuerwesen aufgezeigt hat.¹⁶ Denn die Leitentscheidungen zur Steuerung der Vermögensverteilung des Gemeinwesens und damit der Politik werden nicht vom »Volk«, vom »Staat« oder einem sonstigen Geistwesen getroffen, sondern von leibhaftigen Funktionsträgern und -trägerinnen.

Dabei spielen ökonomische Zwangspunkte im Ergebnis keine Rolle. Eher sind es Vorstellungen kultureller Art in den Augen der tragenden Eliten.¹⁷ Und es sind Risikoabwägungen der Thinktanks (etwa in den USA das konservative Cato-Institut der Kochs)¹⁸ über den Einfluss derartiger Umverteilungsbeschlüsse im Steuerrecht auf das Wahlverhalten. Bei den mit hohem Vermögen und dadurch verliehenen politischer Macht ausgestatteten Milliardäre handelt es sich überwiegend um eine »geschlossene Gesellschaft«¹⁹



Die Eliten und der Aufstieg des Rechtspopulismus - Michael Hartmann

vhsrt - Volkshochschule Reutlingen
14.700 Abonnenten

Dieser »Geschlossenen Gesellschaft« der Milliardäre« fehlt ein Gegenüber in einer »Offenen Gesellschaft der Zukunft«, d.h. einer Klasse von Menschen, die über ein Klassenbewusstsein gebündelt sind, das Klima und Soziales verbindet.

Was ist die Lage? Um ein für die anstehenden Themen erforderliches Narrativ zu erarbeiten, ist es m.E. nützlich, darüber nachzudenken, wie ein »Neues Klassenbewusstsein« hergestellt werden kann. Warum Klassenbewusstsein? Weil der Begriff der »Klasse« und Ableitungen davon wie z.B. »Klassenbewusstsein« zu Unrecht aus der wissenschaftlichen Betrachtung verschwunden sind.²⁰ Nicht die Lebenswelt dahinter hat sich verändert, sondern die Wahrnehmung davon in der universitären Wissenschaft. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

In der Ideologie der 1970er Jahre wurde der Begriff bewusst verbrannt. Aus »Kapitalismus« wurde »Marktwirtschaft«. Dabei steht der Begriff »Klasse« historisch für die Mobilisierung der Benachteiligten, Nichtprivilegierten - für »die da unten«. Er ist nicht verbraucht. Heute steht er für die »No-Names«. Und er hat heute wieder bildhafte Kraft. Er

schreckt die Gegner auf und nimmt die Betroffenen für sich ein. »Wer nicht wahrgenommen wird, ist ein Nichts«²¹.

Wichtig: In den USA wird der Klassenbegriff in den politischen Wissenschaften mit hohem Erkenntniswert zur Analyse der politischen Lage und zur Abschätzung der Wahlchancen von Demokraten und Republikanern benutzt. David Brooks verwendet ihn beispielsweise, um abzuschätzen, welche Wahlchancen die Präsidentenbewerber der beiden Parteien haben und was getan wird, um die staatliche Wirtschaftspolitik entsprechend auszurichten.²²

Ohne Mobilisierung der No-Names, keine Veränderung des Status quo. Ohne Klassenbewusstsein keine Wahlmobilisierung. Denn darum geht es. Das »Klassenbewusstsein« ist seinerzeit von Marx/Engels 1847/48 in England zur Mobilisierung der Werktätigen erfunden worden, zum Schutz der Werktätigen vor der mit der Industrialisierung drohenden Ausbeutung im Deutschen Reich und weltweit. Die offensichtlich gewordene Versklavung der Werktätigen im Status quo des 19. Jahrhunderts in England war es, die damals skandalisiert und auf die Tagesordnung gepusht wurde. Kinderarbeit, keine Begrenzung der Arbeitszeit. Keine Gesundheitsfürsorge. Kein Dach über dem Kopf. Armut.

Heute steht mit dem bevorstehenden Kipp-Punkt der Klimaentwicklung ein vergleichbarer Umbruch der Lebenswelt vor der Tür wie damals mit Elektrifizierung, Erfindung des Dynamits und analoger Kommunikation. In Deutschland und weltweit. Ein Umbruch, den der Ökonom und langjährige Geschäftsführer des Club of Rome, Graeme Maxton, spätestens 2034 für wahrscheinlich hält.²³ Das sind noch 10 Jahre, die verbleiben. Und wieder werden - wie das im 19. und 20. Jahrhundert infolge der Elektrifizierung usw. geschah, diesmal wegen des Klimawandels und der Erfindung der KI Menschen verarmen und sterben.

Es gibt allerdings einen großen Unterschied zum 19. und 20. Jahrhundert: Das zukünftige Geschehen ist diesmal - auch dank der Digitalisierung und dem internationalen Stand von Wissenschaft und Technik - weltweit en gros und en détail bekannt. Und es sind nicht - wie das historisch der Fall war, kapitalgetriebene Kriege notwendig, um die Veränderungen in der Lebenswelt zu bewältigen.²⁴ Der Russisch-Ukrainische Krieg, der Olaf Scholz und Annalena Baerbock angeblich am 24.2.2022 aufweckte,²⁵ ist es jedenfalls nicht.

KI und Klimawandel werden - wie wir wissen - ohne unser Zutun Milliarden Verlierer produzieren. Diesmal entlang der Klimazonen²⁶ und dort entlang der Blutspur von Besitz

und Nichtbesitz²⁷: Auch heute stehen wir deshalb wieder vor der Wahl: *»We must make our choice. We may have democracy, or we may have wealth concentrated in the hands of a few, but we can't have both«*, wie das Louis Brandeis in den 1930er Jahren formulierte oder Platon vor 2.500 Jahren in aller Schärfe: *»Jede Stadt, wie klein sie auch sein mag, ist in der Tat in zwei geteilt, die eine ist die Stadt der Armen, die andere die der Reichen; diese liegen miteinander im Krieg.«*

Genau auf diesen Klassenkrieg läuft aber bei der gegenwärtigen allgemeinen Sprachlosigkeit die Status-quo-Politik (oder besser die heutig übliche Status-quo-Verwaltung) des sogenannten »Westens« hinaus. Kein Wunder also, dass rechte und rechtsextreme bis völkische nationalistische Parteien mit ihren gestrigen neoromantischen Parolen das Sagen gewinnen.²⁸ Denn die liberalen Parteien haben mit ihren globalisierten liberalen Eliten keine plausiblen Antworten auf die Fragen der Arbeiterklasse. Ihnen fehlt es dazu an Empathie und Begrifflichkeit. Keine Alternative bietet die wachsende Zahl der Autoritären. Der Zynismus von Trump, Putin, Xi, Orban, Le Pen, Wilders, Meloni, Weidel und Co. verfängt zwar bei der gleichermaßen wachsende Zahl der Leichtgläubigen. Er löst aber nichts.

Stattdessen fachen derartige Charaktermasken weiter unmenschliche Kriege und Versklavungen einschließlich der damit verbundenen weltweiten Ausbildung zum Massenmord²⁹ an. Sie stellen letzten Endes nur ein einziges großes Ablenkungsmanöver für den Umstand dar, dass sie sich an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen festklammern, von denen sie leben.

Das ist auch das Schauspiel der führenden westlichen Eliten, die zwar ständig miteinander konferieren, aber die Sprache verloren haben und nichts entscheiden. Statt die zur Vermeidung der Weltkriege 1945 erfundene Organisation der Friedenswahrung, die UN, zu ertüchtigen, nehmen sie die Zerstörung des gesamten Lebens in Kauf, vor der Norbert Elias 40 Jahre nach Kriegsende 1985 gewarnt hat.³⁰

Dazu gehört auch, dass der in den westlichen Staaten seit 1945 glücklicherweise gewachsene »Mittelstand«³¹ dazu genutzt wird, die Bürger und Bürgerinnen zu entpolitisieren. Das geschah unter dem Schild des Atomkrieges und neuerdings unter einer »Zeitenwende« à la Bundeskanzler Scholz, der leider meint, mit militärischer Aufrüstung sei alles getan.

Abb. 1

Gefühlte Zugehörigkeit zu Gesellschaftsschichten in Deutschland, 2019

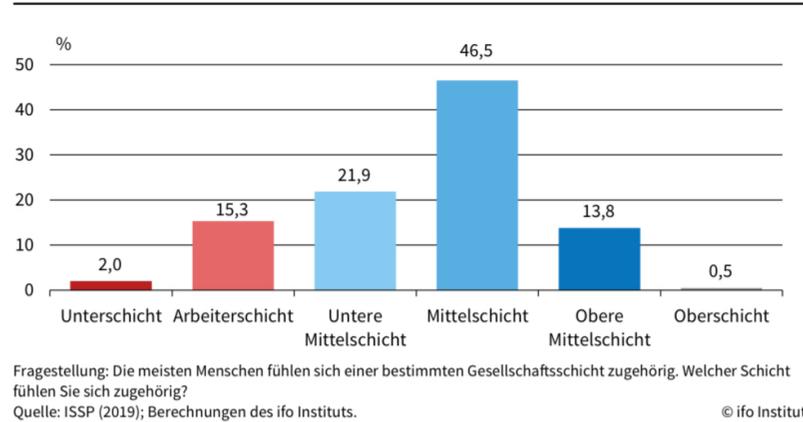
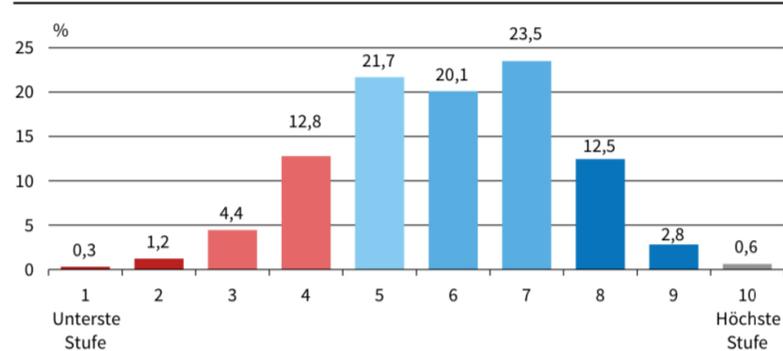


Abb. 2

Selbsteinordnung der Menschen in der Bevölkerungshierarchie in Deutschland, 2019



diejenigen, die immer schon ihren Besitzstand an die Carbonwirtschaft gebunden haben.

In den USA sind es z.B. die Koch-Brüder (der eine ist inzwischen gestoben). Milliardäre, die ihr Land mit ihren Gesinnungsgenossen und -genossinnen mit einem medialen und strategischen Netzwerk überzogen haben, um den Kongress in ihrem Carbonsinn zu beeinflussen³³ nach dem Motto, wer nicht folgt, bekommt kein Geld, ein Motto, das so in der US-amerikanischen Verfassung von 1787 festgeschrieben ist.³⁴ Und es sind diejenigen, die auch heute noch dafür täglich kämpfen, Vermögen und Einkommen von der staatlichen Gewährleistung einer allgemeinen Infrastruktur und Gefahrenvorsorge abzukoppeln. Ich spreche von den oberen 1% der Vermögenden und den oberen 4% der Einkommensbezieher, wie das Michael Hartmann zu Recht dargestellt hat.³⁵

Das Kabinett Schröder-Fischer in Deutschland ist in dieser Beziehung ein deutsches Trauerspiel. Von 1998 - 2005 wurde die Einkommenssteuer von 51% auf 42% gesenkt, die Erhebung der Vermögenssteuer nicht wieder in Kraft gesetzt, die Erbschaftssteuer abgesenkt und die Renten auf 45% heruntergeregelt. Arbeits- und Finanzmarkt wurden dekonstruiert. Auf rund 45 Mrd. € / Jahr beläuft sich die Mindereinnahme.³⁶ Das gilt auch für die Transparenzregeln der Finanzwirtschaft, die heute noch blockiert werden. Um den sozialen Rechtsstaat für den anstehenden Umbruch der Volkswirtschaften in die KI-Wirtschaft und die anstehende Decarbonisierung zu ertüchtigen, ist der Beitrag der Vermögenden indes unerlässlich. Auch europäische Initiativen, die Carbonwirtschaft oder die Vergiftung der Umwelt zu stoppen werden heute noch behindert.

Wir alle wissen aber, dass diese Analyse Unsinn ist. »Neu« und revolutionär an dem jetzt bevorstehenden »Klassenkampf« der Besitzenden gegen die No-Names wäre allerdings, wenn es heute im Gegensatz zu dem »Jahrhundert der Katastrophen«³² gelänge, ein über die in den verschiedenen Lebenswelten verankerten gesellschaftlichen Gruppen und die isolierten Einzelnen hinausreichendes, allgemeines Interesse und Bedürfnis zu lokalisieren und zu benennen. Widerstand wäre gegen diejenigen zu organisieren, die auf dem Holzweg sind. Das sind zugleich

Klassenbewusstsein ist selbstverständlich heute anders zu begründen als vor 100 Jahren. Damals in den Zeiten Julius Lebers (1921) ging es um das Gegensatzpaar »Bürger | Arbeiter«, wie er es nennt.³⁷ Dieser in der damaligen Struktur der Öffentlichkeit deutlich erlebbare Gegensatz im Denken und Handeln der Menschen in der Stadt hat sich - folgt man den Untersuchungen der Soziologen - erst ab den 1960er Jahren von der breiten öffentlichen Sichtbarkeit in Milieus zurückgezogen und dann ab den 1980er Jahren individualisiert.³⁸

Gustav Radbruch bringt den alten Gegensatz der Stadtbürger und -bürgerinnen - je nach ihrer Klassenzugehörigkeit auf den Punkt. Er sagt, während das Denken der »Werkstätigen« existenziell begründet sei, sei das Denken des »Bürgers« von Ideen geprägt. Existenziell, d.h., ein in der Lebenswelt von Arbeit und des entsprechenden einfachen Zuhauses gebildetes Denken könne man nur schwer verändern. Anders liege das mit den Ideen. Wer (durch Schule, Universität usw.) gelernt habe, sein Handeln nach Ideen auszurichten, könne schnell die Richtung seines Handelns ändern.

Deshalb, so Radbruch, misstrauen die organisierte Arbeiterschaft zu Recht akademisch gebildeten Führungspersonen.³⁹ Er, Radbruch, habe sich dieses Vertrauen erworben. Er bezieht sich in dieser Frage wohl auf sein mutiges Verhalten im Kieler Matrosenaufstand 1918. Dort stellte er sich als Universitätsprofessor für jedermann sichtbar auf die Seite der Aufständischen. Er stand als Intellektueller nicht »zwischen den Welten«, sondern hatte sich entschieden. Diese Entschiedenheit gilt es zu mobilisieren!

Was ist heute also der »Hauptwiderspruch«? Es ist das Agieren der beiden Klassen aus der unterschiedlichen Lebenswelt von Besitz und Nichtbesitz heraus. Während die Vermögenden und ihre Korona an ihrer (auch familiengeschichtlich) überkommenen Gedankenwelt der Erhaltung und Vergrößerung ihres Vermögens kleben, ist es bei den »No-Names« die existenzielle Furcht vor Bedeutungslosigkeit und Armut, die sie umtreibt.

Es geht also um die gemeinsame Verteidigung von »Klimazukunft und Sozialstaat«. D.h. um die Gewährleistung der Schutzpflicht gegenüber den No-Names und um Katastrophenvorsorge. Beides ist in unserer Verfassung festgeschrieben.

Wie erreichen wir die NoNames? Didier Eribon sagt, das Einzige, was die (alte) Arbeiterklasse, die zu LePen gewechselt sei, noch zusammenhalte und was ihnen

geblieben sei (das »Wir«), sei die Nation. Sie sind und bleiben Franzosen. Frankreich sei gegen die Emigranten zu schützen. Dazu seien sie mit allen Mitteln bereit. Den Fremden gelte ihr ganzer Hass. Didier Eribon:

»In Frankreich sind es nicht nur die Arbeiter, sondern im weiteren Sinne die classes populaires, die Leute, die nicht studiert haben. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Wahl der extremen Rechten. Vor einiger Zeit hat Le Monde mal eine Karte gedruckt, da sah man, wo die Leute Le Pen wählen - der ganze Norden Frankreichs war schwarz: die frühere Hochburg der Linken. Und dann haben sie etwas später noch eine Karte gedruckt, da ging es um das Bildungsniveau - die gleiche Karte. Das heißt nicht, dass die Leute dumm sind, aber sie sind enteignet: ökonomisch wie kulturell. Sie fühlen sich politisch ausgeschlossen.«⁴⁰

Thierse sieht das wohl ähnlich. Die Nation als (letzte verbliebene) Heimat:

»In Zeiten dramatischer Veränderungen ist das Bedürfnis nach sozialer und kultureller Beheimatung groß. Eine Antwort auf dieses Bedürfnis ist die Nation. Das nicht wahrhaben zu wollen, halte ich für elitäre, arrogante Dummheit«.

Die Verwendung des Begriffes »Nation« in diesem Zusammenhang teile ich zwar nicht.⁴¹ Die Beobachtung ist aber zutreffend, wie man sieht (AfD). Der Begriff »Nation« wird dabei erfolgreich auf der Grundlage ethnischer Homogenität benutzt. Es gilt, » eine homogene Gemeinschaft der Deutschen durchzusetzen«⁴²

Es wird also in der Sache nicht anders funktionieren als den sozialen Kipp-Punkt der Mitterand, Thatcher, Clinton, Schröder-Fischer Kabinette zurückzuholen mit allen finanziellen Folgen: Die inzwischen desolate soziale und personale Lage vom Kindergarten bis zur Uni, zur Pflegestation, wo die Besitzlosen inkoten, Arbeits- und Gesundheitsverwaltung, öffentlichem Verkehr und Wohnen - eben die ganzen

vernachlässigten Lebensbedingungen der NoNames in die Sorge zu nehmen. Ein Billionen-€-Programm,⁴³ wenn wir die »Europäische Stadt«⁴⁴ nicht verlieren wollen.

Das gilt auch für die Kultur. Wie soll denn - verdammt nochmal - der NoName, die »classe populaire«, wie Eribon sagt, die nicht studiert hat, Zugang und Anregung finden in einer nach dem Gutdünken eines offensichtlichen Blenders wie Oliver Zybok kuratierten Welt,⁴⁵ die auf die NoNames mit Verachtung blickt?⁴⁶ Wir haben das »Goldene Kalb« doch direkt vor unseren Augen. Die Kirchen Lübecks werden für ca. 400.000 € im Geschmack der Oberschicht möbliert. Eine Schande! Ich rede nicht von der »Gegenwartsbefreiung« durch den alternden Meese und seiner örtlichen Kunst-Korona, die der wohlfeilen Herabsetzung unserer Verfassung Beifall klatschen, von der sie selbst am meisten profitieren.

Was tun? Nehmt euch endlich wieder der NoNames an: Der »Classe Populaire« unseres Landes!

Wird fortgesetzt....

¹ C.B. Mcpherson, Die politische Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt a.M. 1990

² <https://michaelbouteiller.de/?p=4785>

3 Reichstagswahl 1912 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen_in_Deutschland,_27.3.2021; zum Reichstagswahlrecht: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_im_Norddeutschen_Bund_und_im_Deutschen_Kaiserreich,_7.7.2021

4 Stegmann Radikalisierung, 48 f.; vgl. insbesondere Kreuzfeldt, S. 49, Anm. 152: »Wie aus den Aufzeichnungen Clemens v. Delbrücks, des damaligen Staatssekretärs im Reichsamt des Innern hervorgeht, scheiterten alle Versuche, vor 1914 eine „wirtschaftliche Mobilmachung“ des Reiches zu erreichen, an dem Zögern Bethmann Hollwegs und dem heftigen Widerstand seines Reichsschatzsekretärs Kühn. Delbrück hatte sich bekanntlich schon früh für solche wirtschaftlichen Schutzmaßnahmen eingesetzt, wie sie auch von Possehl gefordert wurden. (Vgl. dazu Clemens von Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914, herausgegeben von Joachim v. Delbrück, München 1924, S. 63 ff.)«

5 Goette, Jürgen-Wolfgang, Emil Possehl, Nationalist und Mäzen, Unser Lübeck, 8.7.2016, <https://www.unser-luebeck.de/magazin/stadt/5845-emil-possehl-nationalist-und-maezen>

6 s.dazu <https://www.geocities.ws/dikigoros2/germaniaesse.htm>

7 Curtius, S. 199; <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/Curtius-198-214.pdf> ;

8 Leicht,Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012

9 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher_Verband, abgerufen 25.1.2024

10 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hans-Georg_Maa%C3%9Fen, abgefragt 28.1.2024

11 <https://www.youtube.com/watch?v=k72g7Sc90ZQ>; Hartmann, Michael, Die Abgehobenen, Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Frankfurt a.M. 2018

12 Steffen Mau/Thomas Lux/Linus/Westheuser, Triggerpunkte,Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2022, S. 73

13 Ein Nobelpreis gegen Donald Trump und Elon Musk, Handelsblatt v. 23.10.2024, S.13 (https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2024/10/IMG_8531.png)

14 Andreas Zick · Beate Küpper · Nico Mokros (Hg.),Die distanzierte Mitte,Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23 Bonn 2023

15 Klaus Dörre, So besiegen wir die AfD: im Alltag, im Betrieb, in der Politik, FREITAG vom 15.2.2024, S. 6, [https://www.google.com/gasearch?q=So besiegen wir die AfD: im Alltag, im Betrieb, in der Politik&source=sh/x/g/m%5](https://www.google.com/gasearch?q=So+besiegen+wir+die+AfD:+im+Alltag,+im+Betrieb,+in+der+Politik&source=sh/x/g/m%5)

16<https://www.youtube.com/watch?v=k72g7Sc90ZQ>; zur Vermögensspreizung auch die Auseinandersetzung mit Piketty: Ist die Welt wirklich so ungerecht?, DER SPIEGEL Nr. 8 / 17.2.2024, S.62

17 Christopher Lasch, Die blinde Elite , Macht ohne Verantwortung, Hamburg 1995; Bernd Rürup, Der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, Hblatt, 9.2.2024, S. 19

18 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Cato_Institute, abgefragt 11.2.2024

19 Michael Hartmann, Eliten - Geschlossene Gesellschaft | Wiener Stadtgespräch, <https://youtu.be/eePx-B6Cdjw>; vgl.auch Der Messias und sein Gefolge, Verfassungsblog, 1.11.24 , <https://verfassungsblog.de/der-messias-und-seine-oligarchen/>

20 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Soziale_Klasse, abgerufen 23.2.2024; vgl. zum Versuch, den Gebrauch „Klassenbegriff“ als verfassungsfeindlich zu behandeln Buterwegge, Ein Gespenst geht um in Deutschland - der Klassenbegriff, in Junge Welt, Juni 2024, Sonderausgabe S. 5

21 Wilhelm Heitmeyer, Wer nicht wahrgenommen wird, ist ein nichts, FR v. 5.7.23, S.22 (<https://michaelbouteiller.de/wer-nicht-wahrgenommen-wird-ist-ein-nichts/>)

22 DAVID BROOKS, The Political Failure of Bidenomics, NYT, Feb. 22, 2024, 5:04 a.m. ET <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2024/02/DAVID-BROOKS.pdf>

23 Am 23.10.2018, also vor vier Jahren, sagte der langjährige Generalsekretär des Club of Rome, der schottische Ökonom Graeme Maxton, es verblieben noch 15 Jahre bis der Kipppunkt von 2 Grad Celsius erreicht und die Existenz der Menschheit in Frage stehe. Das Umdenken und politische Handeln, das von dem Club of Rome seit 1972 gefordert wurde, fand offenbar nicht statt (<https://youtu.be/c9EK9X597KM>); <https://michaelbouteiller.de/?p=5785>

24 Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der großen Mächte, Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500-2000, Frankfurt a.M. 1987

25<https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2024/02/Verblendung-220402-2-1.pdf>

26 <https://michaelbouteiller.de/die-grosse-aufgabe-unserer-zeit/>; zur Klimafrage: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/friert-europa-ein-der-kollaps-des-nordatlantikstroms-ist-zu-nah-um-ruhe-zu-bewahren-11219353.html>

27 vgl.dazu auch Katharina Meyer zu Eppendorf, »Die Hitze verschlimmert alles«,<https://epaper.zeit.de/article/5ee8d411e79b38b423609cf01381bd48ad216b8da1600f53c60cce81e25d2190>

28 Gera, eine gefallene Stadt? <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-22-02-2024/ist-gera-eine-gefallene-stadt.html>

29 MB, <https://michaelbouteiller.de/?p=5653>

30 MB, <https://michaelbouteiller.de/?p=5653>, S.10

31 Aristoteles, Politik, 6. Buch, 12. Kapitel, <https://www.projekt-gutenberg.org/aristote/politik/chap007.html> (22.4.2024).: „ Indes muss der Gesetzgeber zu seiner Verfassung immer den Mittelstand mit hinzunehmen; will er seine Gesetze olig-archisch machen, so muss er den Mittelstand mit berücksichtigen und will er sie demokratisch machen, so muss er den Mittelstand dafür zu gewinnen suchen. Wo der Mittelstand zahlreich ist und an Kraft die beiden anderen überwiegt, oder wenigstens einen von beiden, da kann die Verfassung dauerhaft sein. Man braucht dann nicht zu fürchten, dass einmal die Reichen mit den Armen sich gegen jene vereinigen könnten; denn von jenen beiden wird keiner der Knecht der anderen werden wollen und wenn sie nach einer Verfassung suchen, die noch mehr das Gemeinsame fordert, so werden sie keine andere, als diese finden; auch werden sie nicht wechselweise herrschen wollen, weil Jeder dem Anderen nicht traut. Überall genießt der Schiedsrichter das meiste Vertrauen und der Schiedsrichter ist hier der Mittelstand.“

32 Hobsbawm Eric, Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995

33 Jane Mayer, Dark Money, NY 2016

34 MB, Verfassungsgewalt, <https://michaelbouteiller.de/?p=4785>, S.16

35 Michael Hartmann, <https://www.youtube.com/watch?v=k72g7Sc90ZQ>; Marlena Piesker, Wahlverhalten: Weshalb Geringverdiener gegen ihre Interessen wählen, Zeit online vom 23.9.2024; Isolde Charim Knapp überm Boulevard Ein Gegner der Demokratie: Tech-Milliardär Peter Thiel https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2024/10/IMG_8521.png

36 Auf 45 Mrd.€/Jahr, d.h. 1,5 Billionen € in 35 Jahren summieren sich die Mindereinnahmen nach Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-verlorene-milliarden-5238.htm>

37 Julius Leber., Lübecker Volksbote, 2.9.1921, S.1

38 Todd, Emmanuel, Der Westen im Niedergang, Neu Isenburg, 2.Auflage 2024; Interview: <https://youtu.be/abRrI5OU5Do?si=JpWsQ88U53MTtQ0>; Brumlik, Micha, Vom Proletariat zum Pöbel: Das neue reaktionäre Subjekt, Blätter für nationale und internationale Politik, 1/2017, S.52

39 Radbruch, Gustav, Biographische Schriften, Gesamtausgabe Band 16, Karlsruhe 1988, S. 246

40 Die Zeit, 10/2024, S. 3.

41 <https://michaelbouteiller.de/wolfgang-thierses-vergeblicher-kampf-gegen-die-windmuehlen/>

42Steffen Kailitz, »Ich kann die Vorsicht verstehen«, taz 12.3.2024, S.7: » Die AfD ist Teil dieser Identitären Rechten. Es ist eine andere Spielart des Rechtsextremismus, die nicht ganz so hart ist wie die Neonazi-Szene oder NPD. Aber das grundlegende Ziel ist auch hier: eine homogene Gemeinschaft der Deutschen durchzusetzen. Das ist der gemeinsame Nenner.«

43 vgl. zur Berechnung der verlorenen Steuereinnahmen: Auf 45 Mrd.€/Jahr, d.h. 1,5 Billionen € in 35 Jahren summieren sich die Steuerverluste nach Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-verlorene-milliarden-5238.htm>

44 MB, Nachdenken über die Europäische Stadt, https://michaelbouteiller.de/?page_id=352

45 <https://daremag.de/2023/08/zum-abschied-etwas-grosses/>

46 <https://michaelbouteiller.de/der-luebecker-hochstapler-felix-krull-ii/>